



Hans-Jürgen Urban

# Der Ukraine-Krieg als Exempel

## Die moralische Empörungsspirale als Sackgasse

Seit geraumer Zeit ist bekannt, dass sich die Gesellschaften des Gegenwartskapitalismus in einem tiefgreifenden Umbruch befinden. Die Spezifik der historischen Situation besteht im Aufeinandertreffen säkularer Umbrüche mit einer Serie externer Schocks. Digitalisierung, Klimawandel, Covid-19-Pandemie, Ukraine-Krieg – aus dieser Gleichzeitigkeit gehen Probleme hervor, die an Tiefe und Komplexität ihresgleichen suchen. Das hat Folgen für die Politik. Strukturell überfordert steht sie vor Problempanoramen, in denen unterschiedliche

Logiken wirken, die kaum zu managen sind. Um Ansehensverlust zu vermeiden, bietet es sich an, kommunikativ die Komplexität der Problemlagen zu reduzieren und eine einzelne Ursache als die alles entscheidende hervorzuheben, die dann mit moralisch unterlegter Entschlossenheit und inszenierter Schlagkraft angepackt werden kann. So entsteht der Eindruck von normativer Verlässlichkeit und politischer Handlungsfähigkeit. Das schafft Vertrauen und dient dem Image als zupackendem Entscheider. Mehr Zeit in Anspruch neh-





mende Versuche der Politik, durch sachgerechte Analysen zu sachgerechten Politiken vorzustoßen, werden als Unentschlossenheit, Führungsschwäche und mangelnde Tatkraft abgewertet.

Die Positionierung der deutschen Politik gegenüber dem Ukraine-Krieg kann als Beispiel einer solchen Konstellation herangezogen werden. Um dem Schockerlebnis der militärischen Aggression rhetorische Wucht zu verleihen, hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff der „Zeitenwende“ ein neues Paradigma in die Öffentlichkeit eingeführt. Parteiübergreifend und mit nur wenigen Ausnahmen fand das Zustimmung. Gleiches galt für die mitgelieferte Ankündigung einer imposanten Aufrüstungsinitiative. Doch der Wirkungsanspruch des Zeitenwende-Paradigmas weist über die mittlerweile beschlossenen 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr und einen Bundeswehretat von mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandspro-

dukts (BIP) hinaus. Er zielt auf eine rigorose Abrechnung mit wesentlichen Teilen deutscher Geschichte und Politik.

Mit dem Gestus eines auftrumpfenden Realismus, der seine Zeit gekommen sieht, werden Essentials eines sozial-demokratisch-linken Selbstverständnisses zu eklatanten Fehlern der Vergangenheit erklärt und auf diese Weise abgeräumt. Das geschieht mit einem Übermaß an moralischen Be- und vor allem Verurteilungen. Dabei leistet die sich immer weiter militarisierende öffentliche Debatte ganze Arbeit. Nicht nur der bereits Jahre zurückliegende Umgang des damaligen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier mit der russischen Regierungsspitze, sondern gleich die ganze Entspannungspolitik wird geradezu zum Beginn der Kriegskatastrophe umgedeutet. Zu viel Diplomatie, zu wenig Militär, so ließe sich die Essenz dieser neuen Variante des Geschichtsrevisionismus auf eine Formel brin-



## Denkmäler-Krieg

Der Bürgermeister von Kiew (Ukraine), Vitali Klitschko, lässt Denkmäler aus Sowjetzeiten abreißen. Hier wird die Bronze-Skulptur mit zwei Arbeitern, die 1982 im Zentrum der Hauptstadt errichtet wurde, um an die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland zu erinnern, beseitigt. Klitschko nannte es „symbolisch“, dass bei der Demontage der Skulptur, die einen russischen und einen ukrainischen Arbeiter zeigt, der Kopf von einem der Arbeiter heruntergefallen sei. Die beiden Arbeiter hielten ein sowjetisches Symbol mit der Aufschrift „Freundschaft zwischen den Völkern.“ Andere Denkmäler werden aufwendig geschützt. „Das umhüllte Denkmal“ wurde zum „Kunstwerk“ bei der Documenta in Kassel.





Natürlich darf die Adressierung Putins als dem verantwortlichen Aggressor nicht im Beharren auf einem multifaktoriellen Ursachenbündel versickern. Doch moralische Schuldzuweisungen sind das eine, rationale Problemanalysen das andere.

gen. Entspannungspolitik, Kooperation und diplomatische Konfliktprävention – alles eine große Illusion.

Auffällig ist der besondere Eifer ehemals Friedensbewegter. Befördert durch die erstaunliche „Konversion ehemaliger Pazifisten“, diagnostiziert Jürgen Habermas einen Konflikt „zwischen denen, die empathisch, aber unvermittelt die Perspektive einer um ihre Freiheit, ihr Recht und ihr Leben kämpfenden Nation einnehmen, und denen, die aus den Erfahrungen des Kalten Krieges eine andere Lehre gezogen und – wie doch die auf unseren Straßen Protestierenden auch – eine andere Mentalität ausgebildet haben. Die einen können sich einen Krieg nur unter der Alternative von Sieg oder Niederlage vorstellen, die anderen wissen, dass Kriege gegen eine Atommacht nicht mehr im herkömmlichen Sinne ‚gewonnen‘ werden können.“ (Süddeutsche Zeitung, 28.4.2022)

## Der Drang nach moralischer Eindeutigkeit

Insgesamt ist die allgegenwärtige Akzeptanz monokausaler Erklärungen verblüffend. Insbesondere der Drang nach moralischer Eindeutigkeit befördert den Rückfall in ein naives Geschichtsverständnis. Auf einmal gilt auch in der politischen und medialen Elite: eine Ursache, eine Antwort. In diesem Fall: ein Aggressor, eine Rüstungsoffensive dagegen. Und Schluss. Zweifelsohne dient diese Fokussierung auf eine Problemdimension dem Versuch, die Politik zu entlasten. Wenn die moralische Problemdimension dominiert, scheinen vor allem gesinnungsethisch rigorose Reaktionen angemessen. Doch eigentlich sollte sich herumgesprochen haben, dass historische Ereignisse immer Resultate eines multifaktoriellen Ursache-Wirkungsgeflechts sind. Die Aufgabe seriöser Zeitdiagnosen besteht darin, den Stellenwert der einzelnen Faktoren und die Folgen ihres wechselseitigen Zusammenwirkens zu erkunden. Natürlich darf die Adressierung Putins als dem verantwortlichen Aggressor nicht im Beharren auf einem multifaktoriellen Ursachenbündel versickern. Doch moralische Schuldzuweisungen sind das eine, rationale Problemanalysen das andere. Dabei geht es weder um moralische Entlastung des Aggressors noch um Zweifel am Charakter des russischen Überfalls als einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Doch wer die Spezifik der Situation verstehen will, kommt um eine Analyse diverser Entwicklungen und Kausalbeziehungen nicht herum.

## Der geopolitische Kontext

Einen solchen Blick entwickelt der britische Oxford-Historiker Tony Wood. Wood verortet den Ukraine-Krieg im Kontext dreier eng miteinander verwobener Dynamiken. Erstens der inneren Entwicklung in der Ukraine seit dem Ende des Kalten Krieges. Dabei erlebte die Ukraine eine „polyzentrische Version der oligarchischen Bereicherung“, was mit Konflikten zwischen den regional verankerten Clans verbunden war und in deren Verlauf die sich herausbildende Westorientierung mit einer gesellschaftlichen Spaltung und dem Erstarken rechtsnationaler Bewegungen einherging – alles Tatbestände, die durch die Debatte um die zügige Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union allmählich öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen. Zweitens das Vordringen von Nato und EU in das strategische Vakuum, das mit dem Verschwinden des Ostblocks entstanden war, wobei insbesondere den USA unter der Bush-Administration eine treibende Rolle zuzuschreiben ist. Und drittens Russlands Weg vom post-sowjetischen Niedergang zu einem großrussischen Nationalismus, der die Intervention in der Ukraine mit unterschiedlichen ideologischen Versatzstücken zu legitimieren sucht und der nicht nur im Denken Putins, sondern in weiten Teilen der russischen Eliten verankert ist. „Das Zusammentreffen und Zusammenwirken dieser drei Dynamiken“, so Wood, „bildet den breiteren Kontext, in dem Russland dann seine Aggression beging.“

Die Sache scheint also komplizierter zu sein, als es die Talkshows und die Rufe der neuen Moral-Bellizisten nahelegen. Selbst in der Auflösung der Sowjetunion eine historische „Katastrophe“ zu sehen, ist kein Privileg Putins oder verbliebener Anhänger des russischen Staatssozialismus. Auch konservative Realisten wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher fürchteten seinerzeit, dass das Ende der Systemkonkurrenz den Beginn einer Periode globaler Unsicherheit und Unberechenbarkeit einleite.

Heute wissen wir: Befürchtungen dieser Art waren berechtigt. Die Auflösung der Nachkriegsordnung und der Übergang in eine multipolare Weltordnung hat neben der verbliebenen Weltmacht USA und der militärischen Atommacht Russland mit China und Indien neue mächtige



Spieler auf die weltpolitische Bühne treten lassen. Zugleich entstanden und entstehen neue Konfliktlinien und spannungsgeladene Akteurskonstellationen. Der Handelskrieg zwischen den USA und China ist nur eine Facette dieses neuen Kalten Krieges. Es wäre schlicht naiv, anzunehmen, dass in diesem Konflikt um die Neuaufteilung von wirtschaftlichen und geopolitischen Einflussphären der Westen ohne imperiale Machtansprüche agieren würde. Dass die Nato mit ihrer immer offensiveren Osterweiterung Einkesselungsängste in Moskau verstärkt hat, ist evident. Dass diese Expansion die entscheidende Ursache für Putins Aggression darstellt, ist hingegen keineswegs gewiss. Hier gilt es, vor allem Ursachen, Entstehung und Verlaufsformen des immer aggressiveren Großmacht-Chauvinismus in Russland herauszuarbeiten. Dabei entlastet die nach Kausalitäten fragende Problemanalyse nicht vom Druck einer normativen und politischen Parteinahme. Auch schützt sie nicht vor der nur allzu verständlichen Empörung über die menschenverachtende Kriegsführung Putins. Aber sie stellt das fällige Moralurteil auf ein rationales Fundament, das vernunftgeleitete Abwägungen nicht scheinbar überlegenen moralisch aufgeladenen Affekten opfert.

### Das Versagen der Medien

Nach den Regeln einer deliberativen Demokratie käme hier den Medien eine bedeutende Rolle zu. Doch statt Fakten liefern sie vor allem Emotionen, statt Analysen Empörungsverstärker. In Endlosschleifen werden Schreckensbilder des Krieges präsentiert, auch dort, wo sie nichts mehr zum Verständnis der Lage beitragen und den Beobachter lediglich emotionalisiert zurücklassen.

Eine derart emotionalisierte und boulevardisierte Berichterstattung trägt so gut wie nichts zu einer nüchternen Problemanalyse bei, von kritisch-rationalen Diskursen zur gesellschaftlichen Verständigung über essentielle Gegenwarts- und Zukunftsthemen ganz zu schweigen. Dem späten Triumph der konservativen Entspannungsgegner in der Außenpolitik durch den Mea-culpa-Habitus einstiger Friedensaktivisten folgt der Sieg des medialen Boulevards darüber, was einst Qualitätspresse und öffentlich-rechtliche Qualitätssicherung genannt wurde.

### Moralisierung, Militarisierung und Boulevardisierung

Das fatale Zusammenspiel von Moralisierung, Militarisierung und Boulevardisierung schafft einen Kontext, der die Koordinaten der politischen Akteure zu verzerren droht. Er treibt die gesellschaftliche Stimmung in eine Empörungsspirale, die Kausalanalysen und rationale Politikformulierung blockiert. Vor allem bindet sie Aufmerksamkeit und Ressourcen in einer Kriegspolitik, die weder ein diskutiertes und legitimes Kriegsziel noch ein politisches Lösungsszenario anzubieten hat.

Wie könnte es weitergehen? Wood nennt fünf mögliche Szenarien, ohne Spekulationen über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens anzustellen. Erstens das Ausbrechen eines ausgewachsenen Krieges zwischen den Nato-Mächten und Russland; zweitens eine militärische Niederlage Russlands; drittens die Verlängerung des Konfliktes auf unbestimmte Zeit; viertens der rasche Abschluss eines Friedens sowie schließlich fünftens eine militärische Pattsituation, die zu einem bewaffneten Waffenstillstand führt. Niemand kann vorhersagen, welchen Verlauf der Krieg nehmen wird und welche Chancen auf eine Beendigung der Waffenhandlungen sich ergeben. Gleichwohl lassen sich Elemente einer Politik benennen, die die Komplexität der Situation anerkennt, um die Kosten für alle Beteiligten möglichst zu begrenzen.

Zunächst gilt es, der Emotionalisierung und Militarisierung der öffentlichen Debatte mit Analysen und Fakten entgegenzutreten. Wer die Logik der Aufrüstung zu Ende denkt, muss sich schwer tun mit einer beschleunigten Aufrüstung eines bis an die Zähne bewaffneten Landes. Die eigentliche Herausforderung besteht vielmehr in der Öffnung von Räumen für nicht militärische Lösungen. Zielführender als die fatale Steigerungslogik der Aufrüstung scheint die Rationalität einer „postheroischen Mentalität“, die auf der Einsicht beruht, „dass internationale Konflikte grundsätzlich nur durch Diplomatie und Sanktionen gelöst werden können.“

Auf der Grundlage dieser nach wie vor gültigen Einsichten gilt es zunächst, nicht-militärische Politikkomponenten zu rehabilitieren und durch offizielle und vor allem informelle Diplomatie Chancen für politische Verhandlungslösungen zu fördern. Dass der Krieg auf absehbare Zeit einen militärischen Sieger hervorbringen wird,

Die eigentliche Herausforderung besteht in der Öffnung von Räumen für nicht-militärische Lösungen. Zielführender als die fatale Steigerungslogik der Aufrüstung scheint die Rationalität einer „postheroischen Mentalität“, die auf der Einsicht beruht, „dass internationale Konflikte grundsätzlich nur durch Diplomatie und Sanktionen gelöst werden können.“

ist unwahrscheinlich. Daher muss der Aggressor als zukünftiger Vertragsakteur einer wie auch immer gearteten Waffenstillstands- oder gar Friedenslösung im Blick bleiben. Ob mit oder ohne Putin, am Ende werden legitime Interessen des Aggressors anerkannt und Repräsentanten Russlands als Vertragspartei akzeptiert werden müssen – so schwer dies angesichts der täglichen Bilder aus der Ukraine auch fallen mag.

### Eine neue ökonomische und politische Ordnung

Mittelfristig wird aber die Arbeit an einer neuen europäischen und globalen Sicherheitsordnung die entscheidende Aufgabe sein. Ein solcher Zukunftsentwurf mittlerer Reichweite steht zweifelsohne vor der Aufgabe, über Putin hinauszudenken – und zwar in ökonomischer wie in militärischer Hinsicht. Dabei sollte die Neubestimmung des Militärischen nicht auf ausufernde Rüstungsetats und die platte Ingangsetzung einer neuen Rüstungsspirale hinauslaufen. Dass auch konventionelle Kriege im nuklearen Zeitalter unkalkulierbare Eskalationsrisiken in sich bergen, bleibt eine Tatsache und darf im allgemeinen Pseudorealismus der Militarisierung nicht ignoriert werden. Trotz nicht optimistisch stimmender Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit bleibt es Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit, die fatale Logik und fehlenden Perspektiven einer reaktivierten Rüstungsspirale in der Debatte zu halten und zu Elementen einer entsprechenden Oppositionspolitik zu machen.

Nicht minder anspruchsvoll ist die Architektur nachhaltiger ökonomischer Beziehungen zwischen den kapitalistischen Zentren des Westens und der Rohstoffökonomie Russlands. Auch hier prallte die gesinnungsethische Forderung nach einem sofortigen Totalembargo für Kohle, Öl und Gas aus Russland auf die Realität einer global verflochtenen Ökonomie. Der jetzt von Putin initiierte Lieferstopp russischen Erdgases könnte nicht nur zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von drei bis acht Prozent führen; dauerhaftere wirtschaftliche Schäden dürften dadurch entstehen, dass ein abruptes Erdgasembargo die Produktionspotentiale reduziert und Wachstumskräfte schwächt. Auch die Restrukturierung der kapitalistischen „Hyper-Globalisierung“ (Dani Rodrik), deren Dringlichkeit durch die Lieferkettenstörungen der jüngeren Ver-

gangenheit deutlich wurde, wird weiter erschwert werden.

Doch so wichtig eine moralisch tragbare und politisch sachgerechte Positionierung gegenüber dem Ukraine-Krieg auch sein mag, die eigentliche Zeitenwende sollte sich nicht bei der Entsorgung antimilitaristischer Konfliktlösungsstrategien vollziehen. Die fast völlig verschwundene Aufmerksamkeit für die fundamentalen sozialen und ökologischen Jahrhundertaufgaben ist beängstigend. Vor dem Ukraine-Krieg herrschte ein gesellschaftlicher Konsens über ihre Dringlichkeit. Daran gilt es anzuknüpfen. Es geht um die Dekarbonisierung des gegenwartskapitalistischen Produktionsmodells, aber auch um die immer obszönere Ungleichverteilung von Vermögen, Naturverbrauch und Lebenschancen in der Welt. Die globalen wirtschaftlichen und politischen Eliten werden diese Fakten auch weiterhin mit gelassener Souveränität bedauern und mit der eingespielten Routine einer elaborierten, gleichwohl politikfreien Kapitalismusschelte beantworten. Doch für die Lebenswirklichkeit der Opfer dieser Missstände dürfte sich absehbar nicht viel ändern.

Für die gesellschaftliche und politische Linke kann eine moralisierende, aber letztlich folgenlose Kritik keine Option sein. Ohne die Thematisierung der konflikttreibenden Strukturen und Dynamiken des globalen Kapitalismus werden moralisch noch so ambitionierte Politiken zum Scheitern verurteilt bleiben. So wichtig normative Empörung als Antriebskraft politischen Handelns gegen globale Missstände auch sein kann, rationale Problemanalysen von Interessen und Machtansprüchen sowie die Bereitschaft, auf komplexe Problemlagen mit entsprechenden Strategien zu antworten, kann sie nicht ersetzen.

Kein Zweifel, auch die Kritiker einer militarisierten Öffentlichkeit verfügen nicht über schnelle Antworten auf Krieg, Zerstörung und menschliches Leid. Auch sie müssen sich der Fragilität historisch bewährter Grundsätze stellen. Doch der reflexartige Rückgriff auf die Logik militärischer Aufrüstung hilft bei der Suche nach neuen Orientierungen in einer neuen Welt offensichtlich nicht weiter.

### Hans-Jürgen Urban

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall

Der Text ist eine gekürzte Fassung des Beitrags „Zeitenwende wohin?“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2002, S. 79-88.